Dresdner Bankverein, Leipzig, Burgstrasse 26, am neuen Rathause, empfiehlt sich zur **Ausführung aller** in das **Bankfach** einschlagenden **Geschäfte. An- und Verkauf, Beleihung von Wertpapieren. Verzinsung** von **Spar- und Depositengeldern. Conto-Corrente und Check-Verkehr. Discontierung** von **Wechseln. Stahlkammer** mit **Schrankfächern** unter **eigenem Verschluss der Mieter.**

Volkswirtschaftlicher Teil des Leipziger Tageblattes.

Verantwortlicher Redakteur: J. A. Treiber in Leipzig. — Sprechzeit: 6—7 Uhr nachm. Fernsprecher 1173.

Das deutsche Exportgeschäft der Gegenwart.

—e. Die in dem letzten Berichte geschilderte ungünstige Lage des überseeischen Exporthandels scheint in bezug auf manche wichtigere Absatzgebiete eine Wandlung zum Besseren genommen zu haben. Ein amtlicher Bericht aus Hamburg besagt: Der durch den Krieg beeinträchtigte Verkehr nach Japan hat eine Wiederbelebung erfahren, wenn auch ein großer Teil der zahlreich einlaufenden Aufträge wegen Unsicherheit der Zahlungsleistung nicht zur Ausführung gelangte. Die Hemmung der industriellen Tätigkeit Japans und die Räumung der vorhandenen Vorräte tragen schon jetzt zur steigenden Nachfrage nach europäischen Produkten bei. Die Fahrten der großen hamburgischen Frachtdampferlinien nach Japan und China vollzogen sich anstandslos, und die Hamburg-Amerika-Linie beschäftigt in dieser Fahrt zurzeit nicht weniger als 28 eigene oder gecharterte Dampfer. Die Mitführung von Waren, die zu einer Beanstandung als Kontrebande Anlaß geben könnten, wird von den deutschen Reedereien sorgfältig vermieden, und so sollen ernste Störungen bisher nicht vorgekommen sein.

In Korea, wo der Verkehr in der ersten Zeit der Okkupation gestockt hat, sollen sich, nach vorliegenden Berichten, die wirtschaftlichen Verhältnisse ordnungsmäßig abwickeln, weshalb sich die Hamburg-Amerika-Linie veranlaßt gesehen hat, ihre regelmäßigen Fahrten zwischen Hongkong, Schanghai und Tschemulpo wieder aufzunehmen. Abgeschnitten ist nur der für den deutschen Handel sich gerade um die Zeit des Kriegsausbruches aussichtsvoll gestaltende Verkehr mit den russischen Häfen im fernen Osten, da nunmehr keine Warentransporte dorthin stattfinden können.

Die Geschäftsverbindungen mit China gestalteten sich sehr unbefriedigend. Angesichts der durch den russisch-japanischen Krieg geschaffenen unsicheren politischen Situation und der unerquicklichen wirtschaftlichen Lage in China verhält man sich hier in der Ausführung von Aufträgen nach dieser Relation sehr reserviert, und Fälle von Annullierung größerer Lieferungskontrakte waren wiederholt zu verzeichnen.

Das Geschäft nach Indien und Ostafrika entwickelt sich recht günstig, und die durch den Konkurrenzkampf zwischen dem Oesterreichischen Lloyd und der Deutschen Ostafrika-Linie erklärlichen niedrigen Frachtsätze kommen diesen Verbindungen sehr zustatten. Besonders lebhaft waren die Verfrachtungen nach Bombay; manche Verbindungen von Kalkutta sollen in letzter Zeit nach Bombay abgelenkt worden sein. Burma und die Straits-Settlements traten nach längerem Stillstande als lebhafte Käufer auf. Auch auf Java und den Inseln, wo das Geschäft längere Zeit stockte, zeigt sich eine erfreuliche Besserung, desgleichen in Saigon und Siam. Von Manila liegen jetzt ebenfalls Anzeichen einer Besserung der Geschäftsverhältnisse vor.

Der Export nach Südafrika liegt noch immer außerordentlich schlecht, obwohl das Weichen des Bankdiskontos in Südafrika, der auf die normale Höhe von 8 Proz. zurückgegangen ist, auf eine Besserung der Kreditverhältnisse hindeutet. Auf die geschäftlichen Verhältnisse in Transvaal hat auch das unerwartete Auftreten der Pest lähmend gewirkt, und Zahlungseinstellungen von dort werden vielfach gemeldet. Der Handel nach Westafrika leidet unter den dort herrschenden Unruhen ganz bedeutend.

Im Absatze nach Australien macht sich immer mehr eine Vorliebe für britische Erzeugnisse bemerkbar, was zum Teile durch die Vorzugszölle, welche diese Erzeugnisse genießen, erklärlich ist.

Für Südamerika, das nach wie vor das Rückenmark des über Hamburg gehenden Exporthandels bildet, lagen die Geschäftsverhältnisse im allgemeinen günstig, doch ist eine wesentliche Schädigung des Absatzes europäischer Erzeugnisse durch die kürzlich in Brasilien statuierten Vorzugszölle zugunsten der Vereinigten Staaten von Amerika zu gewärtigen.

Dem Export nach Venezuela bringt man jetzt größeres Interesse entgegen, da friedliche Zustände dort wieder eingekehrt sind und sich die finanziellen Verhältnisse wesentlich gebessert haben.

Auch die Herstellung geordneter Verhältnisse in Uruguay ist geeignet, nunmehr den Exporthandel dorthin wieder zu beleben. Die Barzahlungen für die Kriegslieferungen gehen regelmäßig vor sich, der Dienst der öffentlichen Schuld soll prompt funktionieren, und die öffentlichen Arbeiten schreiten nach vorliegenden Berichten ununterbrochen fort.

Bank- und Geldwesen.

*— **Deutsche Reichsbank.** Am 20. Juni wird in Oldenburg eine von der Reichsbankhauptstelle in Bremen abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kassaeinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet werden.

La. **Schaaffhausenscher Bankverein — Westdeutsche Bank** vormals Jonas Cahn, Bonn. In unserer heutigen Morgenausgabe brachten wir die immerhin überraschende Mitteilung, daß in der außerordentlichen Generalversammlung der Westdeutschen Bank eine starke Opposition gegen das als ungenügend bezeichnete Uebernahmeangebot des Schaaffhausenschen Bankvereins hervorgetreten ist. Die Versammlung war nicht beschlußfähig, da nur 4,65 Mill. Mark Aktienkapital durch 16 Aktionäre vertreten, also die für die Rechtsgültigkeit der Beschlüsse erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht vorhanden war. Nach einem dem „B. L.-A." zugegangenen Privattelegramm äußerte der Vorsitzende Carl Cahn die Meinung, daß in der neuen Versammlung für die Offerte des Schaaffhausenschen Bankvereins wohl eine einfache, aber nicht eine Dreiviertelmehrheit stimmen würde. Die Uebernahmebedingungen sind bekanntlich folgende: Der Schaaffhausensche Bankverein gewährt der Westdeutschen Bank 5 733 000 ℳ junge Aktien mit Dividendenberechtigung vom 1. Juli 1904 ab, sowie eine Barzahlung von 516 000 Mark, so daß auf je 3000 ℳ Aktien der Westdeutschen Bank einschließlich Dividendenschein für 1904 je 2000 ℳ junge Schaaffhausenaktien und 180 ℳ bar entfallen. Man sieht, die Zusammenschließungen, welche neulich durch den Vorgang der Berliner Bank transgariert wurden, machen Schule. Es ist bemerkenswert, daß sich gestern auch der Aufsichtsrat in der Person seines Vorsitzenden Oscar Simon gegen den Uebergang seines Instituts unter den obigen Bedingungen ausgesprochen hat. Ob der Konzern Dresdner Bank — Schaaffhausenscher Bankverein sich im Notfalle zu einer Aufbesserung seines Angebots verstehen wird, ist mehr als zweifelhaft. Die Parteien dürften jetzt beiderseits bemüht sein, sich in der verbleibenden dreimonatigen Frist bis zu der am 28. Juni stattfindenden neuen Generalversammlung der Westdeutschen Bank die erforderliche Majorität zu sichern. Ueber die im Gange befindliche Aktienkapitalerhöhung des Schaaffhausenschen Bankvereins von 25 Mill. Mark wird bekanntlich dessen Generalversammlung, die ebenfalls am 28. Juni stattfindet, zu entscheiden haben. Da die Schaaffhausenversammlung erst nachmittags 5 Uhr stattfindet, so muß die Versammlung der Westdeutschen Bank zu einer früheren Stunde tagen, da es von dem Ergebnis abhängt, ob die Schaaffhausenversammlung überhaupt mit der ausgeschriebenen Tagesordnung stattfinden kann.

La. Die **Hamburger Kommerz- und Diskontobank** geht mit der Absicht um, demnächst in Berlin mehrere neue Wechselstuben zu errichten.

= **Neue russische Anleiheprojekte.** Nachdem vor kurzem von Berlin aus bestimmt in Abrede gestellt worden ist, daß Rußland dort über eine neue Anleihe unterhandle, spricht die „Times" neuerdings davon, daß solche Verhandlungen in Berlin angebahnt worden seien. Nun wird man allerdings, bemerkt die „Frkf. Ztg." dazu, als wahrscheinlich ansehen dürfen, daß die russische Regierung, indem sie die Beteiligung Deutschlands an der Uebernahme der kürzlich nach Frankreich begebenen 800 Mill. Franken Schatzbonds ausschloß, damit die Absicht verband, den deutschen Markt für ihren weiteren Anleihebedarf zu reservieren, wie er bei längerer Dauer des Krieges bestimmt vorausgesehen werden muß. Anderseits wird man in Deutschland, falls die Handelsvertragsverhandlungen, deren Wiederaufnahme angekündigt worden ist, guten Fortgang nehmen und zu einem befriedigenden Ergebnis führen, alsdann vielleicht gegenüber einmaligen russischen Anleihewünschen keine ablehnende Haltung einnehmen. Daß aber schon jetzt nach dieser Richtung Anknüpfungen stattgefunden haben, ist nach dem erst vor wenigen Tagen vorausgegangenen Berliner Dementi nicht anzunehmen und auch deshalb unwahrscheinlich, weil Rußland über den Erlös der Pariser Schatzbonsemission bisher zum weitaus größten Teil noch nicht verfügt hat; vor kurzem verlautete erst, daß die russische Regierung davon ansehnliche Beträge zur Auffüllung ihres vorher stark in Anspruch genommenen Berliner Guthabens nach Berlin transferiert habe. Aber auch dadurch kennzeichnet sich die „Times"-Meldung als völlig unglaubwürdig, daß sie hinzufügt, die Berliner Bankiers hätten ihre Beteiligung an einer neuen russischen Anleihe von der Bedingung abhängig gemacht, daß Rußland sich zu inneren Reformen verstehe, und namentlich hätten sie Zugeständnisse zugunsten der Juden, sowie eine Aenderung der russischen Finnlandpolitik verlangt. So wünschenswert und erstrebenswert dieses Ziel auch wäre, so ist es doch im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß die Berliner hause banque damit ihre Stellung gegenüber etwaigen russischen Anleiheplänen verquickt, schon deshalb nicht, weil die Geldnot in Rußland noch bei weitem nicht so groß ist, daß auch nur die geringste Aussicht vorhanden wäre, die Regierung auf solche Bedingungen eingehen zu sehen. Die Unglaubwürdigkeit der Meldung wird noch dadurch verstärkt, daß hinzugefügt wird, nicht der Finanzminister, sondern der Minister des Innern, Herr v. Plehwe, sei es, der die angeblichen Anknüpfungen eingeleitet habe, und zwar ursprünglich mit russisch-jüdischen Firmen und Persönlichkeiten, die dann ihrerseits wieder in Berlin Fühlung genommen hätten.

§ **Zweiter Allgemeiner Deutscher Bankiertag.** Die nach der stenographischen Niederschrift aufgenommenen Verhandlungen sind soeben im Druck erschienen. Hoffentlich finden die gewichtigen Argumente, welche in denselben zugunsten der Revision des Börsengesetzes und des Reichsstempelgesetzes geltend gemacht werden, an maßgebender Stelle die gebührende Würdigung.

Berg- und Hüttenwesen.

Zt. **Kohlen- und Koksversand zu Zwickau.** Mittwoch, den 8. Juni 1904 5160 t. (Am 8. Juni 1903 5280 t.)

*— **Die Stillegung der Zechen im Ruhrkohlengebiete.** Von wohlunterrichteter Seite wird dem „Zentralblatt der Walzwerke" mitgeteilt, daß die Verhältnisse im Ruhrkohlengebiete in der Presse vielfach eine Schilderung finden, die den Tatsachen nicht entspricht. Man fürchtet, daß besonders in sozialer Beziehung die Stillegung einzelner Zechen durch Ankauf bedeutende Mißstände in Gefolge haben würde, und hat angegeben, daß viele Tausende von Arbeitern brotlos geworden und die Gemeinden durch den Wegzug derselben sowie durch den Fortfall der Steuern, die die Gruben zu leisten hatten, arg geschädigt seien. In Wirklichkeit liegen die Dinge anders. Mit geringen Ausnahmen haben alle Leute, die in den angekauften und nicht mehr in Betrieb befindlichen Zechen genutzbetzt haben, Arbeit gefunden, sind wohl versorgt und zumeist innerhalb ihrer Gemeinde geblieben. Es kann also von einem Notstand der Arbeiter innerhalb des Ruhrkohlengebiets nicht die Rede sein. Einzelne Gemeinden sind dagegen durch den Ausfall an Einnahmen, die ihnen durch die Tätigkeit der Zechen zufließen, geschädigt worden. Soweit bis jetzt bekannt ist, haben aber seit Anfang Mai keine Ankäufe von Werken mehr stattgefunden. Im Laufe dieses Monats wird dem Abgeordnetenhause bestimmt noch eine vom Ministerium ausgearbeitete Denkschrift über die Lage in dem Ruhrkohlengebiete zugehen.

= **Verband deutscher Drahtwalzwerke.** Man schreibt der „Frkf. Ztg.": Am 1. Mai d. J. lag für Walzdraht ein Auftragsbestand von 66 230 t vor. Vom 1. bis 31. Mai wurden neu verkauft 4618 t, versandt 19 727 t, so daß am 1. Juni ein Auftragsbestand von 51 116 t vorhanden war. Der Spezifikationsbestand betrug am 1. Mai 21 510 t. An neuen Spezifikationen gingen im Mai 19 410 t ein, versandt wurden 19 727 t, so daß am 1. Juni ein Bestand von 21 193 t verblieb. In der am 31. Mai in Heidelberg abgehaltenen Generalversammlung wurden in der Hauptsache nur interne Angelegenheiten verhandelt. Generaldirektor Kamp legte, wie s. Zt. bereits mitgeteilt, sein Amt als Vorsitzender definitiv nieder. Die Neuwahl des Vorsitzenden wurde bis zum November d. J. vertagt.

‖ **Gewerkschaft Viktoria** in Kupferdreh. Der Bericht des Grubenvorstandes bezeichnet das Betriebsjahr 1903 in mehr als einer Beziehung als kein günstiges. Die Verkaufspreise für Briketts wie für Kohlen erfuhren vom 1. April ab eine nochmalige Herabsetzung, während die Gestehungskosten infolge größeren Holzverbrauchs und der außerordentlich gesteigerten Preise höher wurden. Es kam noch hinzu, daß eine Störung im Flöz Mausegatt die Zeche zwang, die schmälern Flöze stärker in Anspruch zu nehmen, wodurch die Arbeitsleistung einen größeren Rückgang erfuhr. Die Kohlenförderung betrug 104 515 t (101 046), wovon 66 780 t (68 793) verkauft, 30 954 t (24 509) zur Brikettfabrik gelangten und 7666 t (7843) von der Zeche selbst verbraucht wurden. Die Brikettherstellung betrug 33 386 t (26 749), wovon 32 959 t (26 460) durch Verkauf abgesetzt wurden. Einschließlich des 103 796 ℳ betragenden Vortrags ergab sich für 1903 ein Betriebsüberschuß von 165 216 ℳ (103 796), woraus 44 235 ℳ (0) als Ausbeute verteilt, 48 383 ℳ abgeschrieben und 72 597 ℳ (103 796) vorgetragen werden.

⊙ Die **Bergwerksgesellschaft Hibernia** errichtet in Langendreer 58 und in Scherlebeck 32 Arbeiterwohnhäuser.

= **Oberschlesischer Stahlverband.** Das Ergebnis der am 6. d. M. in Gleiwitz fortgesetzten Unterhandlungen wegen der Gründung des Oberschlesischen Stahlverbandes kann nach einer Meldung des Oberschlesischen Korrespondenzbureaus dahin zusammengefaßt werden, daß eine baldige Einigung der in Betracht kommenden Werke unbedingt zu erwarten ist. Es wird alsdann nicht nur in den Produkten A, wie bisher drei große oberschlesische Werke, nämlich die Laurahütte, die Friedenshütte und die Marthahütte, dem deutschen Stahlverbande beigetreten sind, sondern auch in sämtlichen anderen Fabrikaten, welche in der Gruppe B des Stahlverbandes vereinigt sind, ein Anschluß an den Stahlverband erfolgen. Gleichzeitig wird damit eine durchgreifende Regelung der Produktionsverhältnisse und Verkaufstätigkeit unter sämtlichen oberschlesischen Walzwerken durch Bildung eines oberschlesischen Syndikats erreicht werden.

*— **Vom niederschlesischen Eisenmarkte.** Die Beschäftigung der Eisengießereien hat weiter erheblich zugenommen. Gußemail und Abflußröhren werden fortgesetzt in großen Posten gekauft, und wird, wie der „Breslr. Gen.-Anz." erfährt, eine demnächst stattfindende Generalversammlung des Ostdeutsch-Sächsischen Röhrenvereins voraussichtlich eine Erhöhung der Preise beschließen.

*— **Oberschlesischer Eisenmarkt.** Die oberschlesischen Hüttenwerke haben, wie dem „Breslr. Gen.-Anz." mitgeteilt wird, ihre Produktion bis zur Hälfte des 3. Quartals ausverkauft. Die Verladungen im Monat Mai haben trotz des geringeren Wasserversandes die Produktion eines Monats überschritten. An den Preisen hat sich nichts weiter geändert.

= **Kohlen in Süddeutschland.** Aus Mannheim, 8. d. M., schreibt man der „Frkf. Ztg.": „Die Vorräte in Kohlen sind am Oberrhein allgemein ansehnlich; neuerdings hat die Zufuhr nachgelassen. Der Absatz an die industriellen Werke war seither befriedigend. Offeriert werden per Tonne loko Mannheim hier: Ruhr-Fettschrot zu 15—15½ ℳ, Ruhr-Nußschmiedekohlen zu 17—18 ℳ und Brechkoks zu 25—25½ ℳ."

⊙ **Australische Golderzeugung.** In Queensland wurden im Mai 60 300 Unzen Gold produziert. — Die Goldausbeute von Neusüdwales betrug im Mai 20 275 Unzen (10 852) im Werte von 76 306 Pfd. (39 921).

Verschiedene Industriegesellschaften.

§ **Deutsche Gas-Zeitzünder-Aktiengesellschaft,** Berlin. In dem Prozeß der Minorität gegen die verantwortlichen Gründer und Aufsichtsräte wegen Schadenersatzes usw. hat das Königl. Kammergericht in dem gestrigen Termin die Beweisaufnahme beschlossen. Die seit Anfang 1898 schwebende und nur durch prozeßhindernde Einreden der Gegenpartei bis jetzt hinausgezogene Klage der Minorität kommt also jetzt erfreulicher Weise nunmehr zur sachlichen Verhandlung. Gründung und Geschäftsführung dieser Gesellschaft erfahren jetzt eine gerichtliche Untersuchung, deren Ergebnis auch nach den vorliegenden Plänen nicht zweifelhaft sein kann.

§ **Kölner Rußfabriken,** Aktiengesellschaft. Zwei Aktionäre, die zusammen über 55 Aktien verfügen, haben bei der Verwaltung der Gesellschaft die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung mit folgender Tagesordnung beantragt: 1) Bestellung von Revisoren zur Prüfung der Bilanz vom 31. Dezember 1903, sowie zur Prüfung des Gründungshergangs der Gesellschaft; 2) Anstrengung einer Regreßklage gegen die Gründer, den Vorstand und die Mitglieder des ersten Aufsichtsrats der Gesellschaft, sowie gegen die Gründergenossen aus der Gründung und aus der Geschäftsführung. (§§ 202, 204, 207, 208, 241, 249 H. G. B.) In der Begründung berufen sich die Antragsteller auf die in der Generalversammlung vom 16. Mai 1904 von der Minderheit, auf deren Antrag die Genehmigung der Bilanz vertagt worden ist, zu Protokoll niedergelegten Beanstandungen der Bilanz und auf die in der Generalversammlung zum Vortrag gebrachte Taxe des Regierungsbaumeisters Thoma. Eine Aufklärung über die bemängelten Ansätze sei bisher nicht gegeben worden. Insbesondere sei die verlangte Detaillierung der Erwerbs- und Patentrechnung nicht gegeben worden. Gerade hinsichtlich dieser Rechnung sei es jedoch notwendig, aufzuklären, wie sich der Uebernahmepreis von 198 255 ℳ zusammensetze. Der Bericht gemäß § 207 H. G. B. enthalte darüber nähere zahlenmäßige Angaben nicht. Eine Aufklärung durch Rechnungsgrößen sei um so mehr erforderlich, als der Aufsichtsrat die Wiedergabe der ganzen Rechnung beantrage. Die Taxe des Baumeisters Thoma zeige weiter, daß auch hinsichtlich der übrigen Bilanzposten eine Ueberwertung vorliege, und daß überhaupt der Erwerbspreis als bedeutend überteuert anzusehen sei. Die Taxe Thoma in Verbindung mit den tatsächlichen Betriebsergebnissen beweise auch, daß die aus der Gründung verpflichteten Personen bei dem Erwerb des Anwesens nicht mit der gehörigen Sorgfalt verfahren seien. Des weiteren nehmen die Antragsteller jedoch lediglich zur Vorsicht Bezug auf eine bei der Gesellschaft nach eingehende Begründung des Aktionärs Rechtsanwalts Dr. Hermann Fischer, der ausdrücklich bevollmächtigt sei, für sie Anträge zu stellen und Erklärungen abzugeben. Gleichzeitig erklären sich die Antragsteller damit einverstanden, daß, soweit angängig, die gestellten Anträge auf die Tagesordnung der auf den 10. Juni einberufenen Generalversammlung gesetzt werden.

‖ Die **Wiener vereinigte Elektrizitäts-Aktiengesellschaft** erhob gegen die Besteuerung der aus den sämtlich ihr gehörigen Aktien der Pesther Vereinigten Elektrizitätsgesellschaft ihr fließenden, in Pest schon besteuerten Dividenden Beschwerde am Verwaltungsgerichtshof, der die Beschwerde abwies.

‖ **Hotel Victoria** in Interlaken. Die Generalversammlung beschloß die Aufnahme einer 4½proz. Anleihe von 3,8 Mill. Franken zur Tilgung der laufenden Schulden und älteren Anleihen.

Innen- und Außenhandel.

‖ **Verbot von zollpflichtigen Gegenständen in Briefpostsendungen.** Im Verkehr der Länder des Weltpostvereins ist es verboten, in Briefpostsendungen Gegenstände einzulegen, die im Bestimmungslande zollpflichtig sind. Mit Rücksicht hierauf weist neuerdings die französische Post an der Grenze alle mit der Briefpost eingehenden Päckchen mit Ansichts-Postkarten oder ähnlichen Waren zurück. Derartige Gegenstände können nur mit der Paketpost versandt werden.

Transportwesen.

⊙ **Königsberg-Cranzer Eisenbahn.** Mai 33 614 ℳ (— 3986).

§ **Anatolische Bahnen.** Stammlinie. Vom 21. bis 27. Mai 112 704 Fr. (+ 5401), seit 1. Januar 1 814 522 Fr. (— 202 123). — Ergänzungsnetz. Vom 21. bis 27. Mai 54 922 Fr. (— 1401), seit 1. Januar 556 743 Fr. (— 374 606). — Hamidié-Ada-Bazar. Vom 21. bis 27. Mai 2573 Fr. (+ 1343), seit 1. Januar 52 187 Fr. (+ 24 090). — Insgesamt vom 21. bis 27. Mai 170 199 Fr. (+ 5283), seit 1. Januar 2 423 452 Fr. (— 552 041).

⊙ **Braunschweiger Straßenbahn.** Fahrgeldeinnahme. Mai 83 623 ℳ (+ 4704). Lichtwerk. seit 1. April 19 868 ℳ (+ 2596).

⊙ **Posener Straßenbahn.** Mai 66 513 ℳ (+ 12 179), seit 1. Januar 280 729 ℳ (+ 30 901).

La. **Bergische Kleinbahnen.** Das preußische Ministerium hat den Bergischen Kleinbahnen die beantragte Verlängerung der Konzession von 45 auf 90 Jahre abgelehnt.

‖ **Couponstempelbeschwerde der Oesterreichisch-Ungarischen Staatseisenbahngesellschaft.** Kürzlich hatte der Verwaltungsgerichtshof unter dem Vorsitze des zweiten Präsidenten Freiherrn v. Lemayer über die Beschwerde der Oesterreichisch-Ungarischen Staatseisenbahngesellschaft zu entscheiden, die gegen die erhöhte Couponstempelgebühr ihrer Aktien und Genußscheine und ihrer noch nicht konvertierten „Brünn-Rossitzer Prioritäten" der Emission vom 1. Juli 1872 gerichtet ist. Die Finanzbehörden aller drei Instanzen haben nämlich die in Eisenbahnkreisen vielfach besprochene Entscheidung getroffen, die am 1. Juli 1902 fällige Couponstempelgebühr sei nicht nach der österreichischen Kronenwährung, sondern nach dem metallischen Werte unter Umrechnung der Franken zu bemessen, wonach eine Erhöhung um 3416,32 Kr. resultiert. Dies wurde damit begründet, daß die Aktien und Genußscheine neben dem deutschen Texte „200 fl. in Silber" auch in französischer Sprache den Wert in Franken anführen, während bei den Brünn-Rossitzer Prioritäten zwar der Wert gleichfalls in österreichischer Währung angeführt ist, daneben aber ein Vergleich mit fremden Valuten beigefügt erscheint. Die von Dr. Heinrich Kompert vertretene Beschwerde hält dafür, es habe keine Umrechnung nach Franken stattzufinden, da ja der Wert in österreichischer Währung angeführt ist und diese die Grundlage der Gebührenbemessung bilden müsse; es handle sich nicht um eine Wahl zwischen inländischer und ausländischer Valuta, was ja ganz unmöglich wäre, sondern bloß um einen Vergleich mit anderen Währungen. Dies gehe aber auch aus der Verordnung vom 10. Dezember 1901 ganz klar hervor, wonach die erhöhte Gebühr nur dann zu berechnen ist, wenn der Wert „nicht in Kronenwährung ausgedrückt ist". Die Beschwerde verlangt daher die Aufhebung der erhöhten Gebührenvorschreibung, somit Rückerstattung der Differenz von 3416,32 Kr. für das Jahr 1902. Der Gerichtshof schloß sich dieser Auffassung an und hob die angefochtene Entscheidung als im Gesetze nicht begründet auf. Damit entfällt in Zukunft die Vorschreibung der erhöhten Couponstempelgebühr, die alljährlich einen Mehrbetrag von 8000 bis 9000 Kr. erfordert hätte. — Der Gesamtbetrag der Aufwendungen, welche von der Staatseisenbahnverwaltung in der Zeit vom 1. Januar bis Ende April 1904 für Investitionszwecke betrieben wurden, beziffert sich auf 33 340 926 Kr., wobei die Geburtsergebnisse der Monate Januar bis März definitiv, jene für April provisorisch ermittelt sind. Von diesem Betrage entfallen 10 373 651 Kr. auf die Beschaffung von Fahrbetriebsmitteln für Haupt- und Lokalbahnen.

‖ **Murgtal-Eisenbahngesellschaft** zu Gernsbach. Die am 25. Juni stattfindende Generalversammlung soll auch wegen Uebernahme der Bahn durch den Staat und Auflösung der Gesellschaft Beschluß fassen.

= **Berner Oberlandbahnen** (Interlaken-Grindelwald). Die Direktion hat der Berner Regierung mitgeteilt, daß die Rückkaufskündigung des Staates Bern rechtlich unverbindlich sei. Immerhin sei die Gesellschaft unter Festhaltung ihres Rechtsstandpunktes zu freihändigen Verhandlungen bereit.

⊙ **Italienische Eisenbahnvorlagen.** Zufolge der Turiner „Stampa" beabsichtigt die Regierung, die Beratung der Eisenbahnvorlagen auf die Herbstsession des Parlaments zu verschieben und während der Sommerferien mit den Gesellschaften behufs Verlängerung der gegenwärtigen Konventionen zu verhandeln.

△ **Güterbeförderung nach Rumänien.** Nach einer Mitteilung der Handelskammer zu Berlin können die mit der Eisenbahn nach Rumänien beförderten Güter jetzt auch in Craiova eisenbahnseitig vergollt werden, da dort ein bahnamtliches Zollabfertigungsbureau errichtet worden ist.

= **Direktor Ott** von der Emmerigesellschaft in Ruhrort übernimmt die Leitung der Rheine- und Seeschiffahrtsgesellschaft in Köln.

△ **Die Süddeutsche Schiffahrtsgesellschaft und die österreichische Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft.** Die Tarifmaßnahmen der deutschen Eisenbahnverwaltungen gegen die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, welche den Zweck verfolgen, der Süddeutschen Schiffahrtsgesellschaft Transporte zuzuwenden, haben den Gegenstand von Besprechungen zwischen den österreichischen Vertretern des Handels- und des Eisenbahnministeriums gebildet. Der Kernpunkt für die Lösung der Frage dürfte in Verhandlungen liegen, welche die beiden Gesellschaften miteinander führen werden, um zu einem Einvernehmen zu gelangen und eine gegenseitige Schädigung zu vermeiden. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Vermischtes.

A. C. **Beschäftigungsgrad im Maschinengewerbe.** Ueberblickt man den Geschäftsgang während des laufenden Jahres im Maschinengewerbe, so kann von einer durchgreifenden Besserung gegenüber dem Vorjahre nicht gesprochen werden. Hat sich auch in den größeren Betrieben die Zahl der Beschäftigten etwas erhöht, so wird dies doch durch den schleppenden Eingang von neuen Aufträgen ziemlich wettgemacht. Um größere Lieferungen zu erhalten, geht man mit den Preisen auf ein Niveau herunter, das gegenüber den wieder anziehenden Rohstoff- und Halbfabrikatpreisen als unauskömmlich bezeichnet wird. Vor allem hält auf dem Gebiete des Dampfmaschinenbaues die schlechte Geschäftslage noch immer an. Bezeichnend für die prekäre Lage ist der Umstand, daß manche Betriebe sich der Herstellung reiner Spezialitäten zuwenden, in der ausgesprochenen Hoffnung, dadurch wenigstens mehr Arbeitsgelegenheit zu erhalten. Auch die Herstellung von Spezialmaschinen für einzelne Gewerbe geht in mattem Tempo vor sich. Die Neuanschaffungen der Zuckerfabriken sind nicht erheblich, ebenso lassen die Aufträge aus dem Textilgewerbe zu wünschen übrig, wodurch z. B. der Beschäftigungsgrad in Chemnitz beeinträchtigt wird. Etwas besser ist die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen, doch genügt sie keineswegs, um sämtliche in Frage kommenden Betriebe auch nur einigermaßen normal zu beschäftigen. Vereinzelt ist vielmehr die Lage derart, daß die Besitzer der Fabriken vor die Frage gestellt sind, ob der Betrieb weitergeführt werden soll. Im Werkzeugmaschinenbau zeigt sich auch kein Fortschritt, manche Betriebe wenden sich unter großen Opfern neuen Fabrikationsgebieten zu. Verhältnismäßig am befriedigendsten ist noch der Lokomotiv- und Wagenbau beschäftigt, bei dem neben den Aufträgen aus dem Inland auch erhebliche Auslandsbestellungen vorliegen. In der Elektrizitätsindustrie sind die Großbetriebe gut beschäftigt. Mittlere und kleinere Betriebe weisen dagegen, soweit sie mit den Großbetrieben in Konkurrenz treten, eine unerfreuliche Lage auf. Namentlich ist die Beschäftigung in elektrischen Licht-, Kraft- und Signalanlagen infolge des fortwährend verschärften Wettbewerbs bei den kleineren Betrieben ungünstig. Auch die kleineren Akkumulatorenwerke können kaum mehr ihren Betrieb weiterführen. Charakteristisch ist die Liquidation eines solchen Werkes in Rheinland-Westfalen, das nach Erledigung der noch vorhandenen Aufträge den Betrieb stillegt, da der Kampf gegen die auf Herbeiführung eines Monopols abzielenden Bestrebungen des Großkapitals aussichtslos sei.

§ **Saatenstand in den Vereinigten Staaten von Amerika.** Dem diesswöchigen Berichte des „Cincinnati Price Current" zufolge haben die Weizensaaten im Westen gute Fortschritte gemacht. Die Witterung ist jetzt der Jahreszeit entsprechend, und die aus den Distrikten vorliegenden Nachrichten lauten sehr ermutigend. Der Stand von Hafer ist andauernd günstig. — Der landwirtschaftlichen Abteilung des Staates Kansas zufolge beträgt der Durchschnittsstand von Winterweizen 87 und vom Mais 78,5 Proz.

Generalversammlungen.

Juni. 24.: Deutsch-Westafrikanische Handelsgesellschaft in Hamburg. — 25.: Titian-Chin-Jonsdorfer Eisenbahngesellschaft. (Versammlung in Berlin.) — 27.: Warenvereinsführerverein zu Görlitz. — Aktiengesellschaft Fabrik für Brauereieinrichtungen vorm. Heinrich Gehrke & Co. in Berlin. — 28.: Gas- und Elektrizitätswerke St. Arnold, Aktiengesellschaft, in Bremen. — Chemnitzer Aktienfärberei und Appreturanstalt vorm. Heinrich Körner. — Aktiengesellschaft Hermannsdorf in Lausigk. — 29.: Anton & Alfred Lehmann, Aktiengesellschaft, in Berlin. — Kleinbahn-Aktiengesellschaft Wallwitz-Wettin in Wettin. — Vereinsbank in Schmölln in Schmölln. — 30.: Rheinische Sandsteinindustrie, Aktiengesellschaft, in Trier. — **Juli.** 4.: Kleinbahn Kassel-Naumburg, Aktiengesellschaft, in Kassel. — 11.: Bayerische Bank in München.

Zahlungs-Einstellungen ꝛc.

Namen	Wohnort	Amtsgericht	Eröffnungstermin	Einzugsfrist in Wochen	Letzte Gläubiger-versammlung	Prüfungstermin
C. G. Henke, Kaufm., Inh. der Firma Henke & Henke	Braunschweig	Braunschweig	6.6	5.7	20.6	5.6
H. W. Becker, Kaufmann	Kassel	Kassel	6.6	4.7	1.7	14.7
M. A. M. Freund geb. Wahnes, Blumen- u. Kunstverhandl.	Dresden	Dresden	6.6	26.6	8.7	8.7
O. Hammer, Maschinenschlosser, Inh. der Firma Franz Heinrich Hammer, Prägn. u. Kartonpapier-Hanbelsgesch. Gebr. Gottig	Türkheim	Türkheim	4.6	11.7	27.6	15.7
	Frankf. a. M.	Frankf. a. M.	4.6	16.7	1.7	8.8
Hermsdorf, G. Jeorg in Eisen., Inh. der Firma G. Jeorg, Inh. H. Jeorg geb. Wallraven-Jeorg, G. Jeorg, Bandwirkerei	Kronach	Kronach	6.6	5.8	18.8	19.8
R. Fleischer, Kaufm., Inh. der Firma Otto Dorfeld	Oppelstadt	Oppelstadt	6.6	2.7	9.7	9.7
P. M. J. Bischof, Schnittwaren-Inh. der Firma Paul Bischof	Riesa	Riesa	7.6	60.6	4.7	9.7
M. Buchmann, Buchhändl. (Inh.)	Borbes	Borbes	3.6	4.7	1.7	12.7
M. C. Oberstock, Schaufenster- u. Materialwarenhändler	Zwickau	Zwickau	7.6	32.6	6.7	6.7

Verdingungen im Juni.

13. Darmstadt, Stadtbauamt, Gartenmöbel;
16. Stettin, Stadtbaubureau, Holzfußböden;
17. Darmstadt, Städt. Tiefbauamt, Dienstrücke;
18. Halle a. S., Betriebsinspektion 2, Pflastersteine, Erdarbeiten; eiserne Rohrleitung;
20. Haderäleben, Magistrat, Maimauer;
22. Matzen, Betriebsinspektion, Eisenarbeiten.

Verdingungen im Auslande.

Belgien.

Bis zum 14. Juni 1904. Ministère des Finances et des Travaux publics, 5 Rue Bréderet, in Brüssel: Lieferung von 10 000 kg Bindfaden, 3200 kg Siegellack, 31 500 kg Blei für den Telegraphendienst.

27. Juni 1904, 10 Uhr. Bureaux du Chef de Section principal des Voies et Travaux in Termonde: Lieferung gußeiserner Röhren, Bolzen und Verbindungsstücke aus Blei auf der Station Lokeren. 3663 Fr. Sicherheitsleistung 360 Fr. Spezialleistenheft Nr. 130 kostenfrei. Eingeschriebene Angebote zum 23. Juni.